

BESCHLUSS

des Bundesvorstands der FDP, Berlin, 28. Oktober 2019

Eskalation der Gewalt beenden, neue Stabilität herstellen, Perspektiven schaffen – Konfliktregelungsansätze für den Nahen Osten

Die gewaltsamen Auseinandersetzungen im Nahen und Mittleren Osten sind von herausragender sicherheitspolitischer Bedeutung für das internationale System und damit für Deutschland und Europa. Risiken für Europa sind das Ausgreifen der Konflikte in angrenzende Regionen und der dschihadistische Terrorismus. Wichtige Faktoren sind darüber hinaus die Migrationsströme durch Flucht und Vertreibung und die Energieressourcen des Nahen Ostens einschließlich der Offenhaltung der Transportwege.

Ausgelöst durch den Aufstieg der **Terrormiliz „Islamischer Staat“ (IS) und einhergehend mit der Unfähigkeit der Regierungen, die Staaten politisch zu modernisieren und wirtschaftlich zu entwickeln**, ist die regionale Ordnung im Nahen Osten im Kern zusammengebrochen. In der Folge hat sich die zwischenstaatliche Konfliktintensität am Ostrand des Mittelmeeres und auf der Arabischen Halbinsel verschärft, insbesondere wegen des **Ringens zwischen Iran und Saudi-Arabien um Macht- und Einflusszonen** sowie über die Rolle der künftigen Führungsmacht der Region. Dieser Hegemonialkonflikt beeinflusst die gewaltsamen Auseinandersetzungen in den (Bürger-)Kriegsgebieten Syriens, des Iraks und des Jemens.

Zusätzlich wird die Konfliktintensität durch die Involvierung weiterer Akteure befeuert, die ihre eigenen Interessen in der Region verfolgen. So hat **Russland** durch das Bündnis mit dem syrischen Machthaber Baschar al-Assad wieder eine militärische Präsenz in der Region geschaffen und will jede Konfliktregelung im Nahen Osten gemäß seinen strategischen Interessen beeinflussen. Dem Kreml geht es dabei vorrangig darum, wieder die gleiche „Augenhöhe“ mit Washington im internationalen System zu erreichen.

Auch die **Türkei** strebt nach Gestaltungsmacht für die künftige regionale Ordnung. Präsident Erdogan geht es vor allem darum, jegliche Form einer kurdischen Souveränität, in welchem Territorium auch immer, im Keim zu ersticken, um Rückwirkungen für den staatlichen Zusammenhalt der Türkei zu verhindern. Wie die Entwicklungen der jüngsten Vergangenheit zeigen, ist Ankara dafür auch bereit, die eigenen Streitkräfte gegen kurdische Milizen und die Zivilbevölkerung auf syrischem Boden einzusetzen – und dabei nicht nur das Bündnis mit den USA bzw. der NATO zu gefährden, sondern auch eine militärische Eskalation mit dem Assad-Regime sowie eine Belastung in den Beziehungen zu Russland in Kauf zu nehmen.

Israel ist die einzige funktionierende Demokratie im Nahen Osten. Seit seiner Gründung vor 70 Jahren steht der israelische Staat unter ständigem Druck. Aus Sicht Israels stellen die Präsenz Irans in seinen arabischen Nachbarstaaten sowie der massive Aufbau von Abschusseinrichtungen für Raketen und Artilleriegeschosse im Südlibanon und in Südsyrien durch die Hisbollah eine existentielle Bedrohung dar.

Angesichts dieser Situation ist es umso wichtiger, politische Strategien zur Lösung der Spannungen zwischen Iran und Saudi-Arabien sowie Israel zu entwickeln. Die Region muss stabilisiert, Perspektiven für Gesellschaft, Wirtschaft und rechtsstaatliche politische Rahmenbedingungen müssen geschaffen werden. Folgende Punkte sind dabei vorrangig:

1. Den IS endgültig besiegen

Das archaische Staatsbildungskonzept des IS und die territoriale Ausdehnung der islamistischen Terrormiliz sind der Ausgangspunkt für die gegenwärtige Gewalteskalation, die Umtriebe zahlreicher lokaler Milizen und für das militärische Vordringen der externen Akteure sowohl in Syrien wie auch im Irak. In den letzten Jahren ist es der internationalen Koalition unter Führung der USA gelungen, den IS aus großen Teilen Syriens und dem Irak zurückzudrängen. Es ist eine zwingende Voraussetzung für jede Form eines politischen und gesellschaftlichen Neuaufbaus, dass die erneute Verankerung des IS in Syrien und dem Irak verhindert wird. Auch nach dem Abzug der US-Truppen aus Nordsyrien darf die Gestaltung der Zukunft Syriens nicht Russland, der Türkei und dem Iran überlassen werden.

2. Zurückdrängen der militärischen Präsenz Irans aus den arabischen Ländern und Begrenzung der Hisbollah

Das Vordringen Irans im arabischen Osten und die Einrichtung eines „schiitischen Korridors“ von Teheran über Bagdad und Damaskus bis nach Beirut stellen gegenwärtig, nach dem faktischen Niedergang des IS, ein großes Destabilisierungspotential in der Region dar. Die Kontrolle über den Kernraum der arabischen Welt durch das iranische Regime ist weder für Israel noch für Saudi-Arabien und die übrigen arabischen Staaten sowie die Türkei akzeptabel. Hier muss koordinierter politischer und wirtschaftlicher Druck auf Iran zum Abbau seiner derzeitigen Präsenz in Syrien, dem Irak und auch dem Libanon ausgeübt werden; dazu gehört ebenso die Beendigung der weiteren militärischen Aufrüstung der Hisbollah. Wir fordern die Hisbollah in ihrer Gesamtheit in Deutschland als Terrororganisation einzustufen. Die momentane Praxis, die Hisbollah in einen militärischen und einen politischen Flügel zu unterteilen, lehnen wir ab. Weiterhin fordern wir die Bundesregierung auf, darauf hinzuwirken, dass die Hisbollah auch auf europäischer Ebene als Terrororganisation eingestuft wird.

3. Festhalten am Abkommen über das iranische Atomprogramm

Am 8. Mai 2018 gab US-Präsident Donald Trump die Entscheidung bekannt, dass die USA das Abkommen über das iranische Atomprogramm aufkündige und sämtliche auf seiner Grundlage aufgehobenen Sanktionen wieder in Kraft setze. Als Grund für den Austritt wurde angeführt, dass das Abkommen keine Regelungen zum ballistischen Raketenprogramm Irans beinhaltet. Am 8. Mai 2019 kündigte wiederum der Iran einen teilweisen Rückzug aus dem Abkommen an. Iran werde wieder eine höhere Urananreicherung aufnehmen, falls binnen 60 Tagen keine neuen Bedingungen für

Sanktionserleichterungen vereinbart würden. Nichtsdestotrotz bleibt das Abkommen das einzige wirksame Instrument zur Verhinderung des Aufstiegs Irans zur Atommacht. Die Bundesregierung muss zusammen mit den europäischen Partnern alle Anstrengungen unternehmen, das Abkommen aufrechtzuerhalten. Inwieweit die durch die Bundesregierung, Frankreich und Großbritannien gegründete Zweckgesellschaft Instex zur Aufrechterhaltung des Handels zwischen Europa und Iran trotz der bestehenden US-Sanktionen jedoch tatsächlich in der Lage sein wird, die mit dem Abkommen ursprünglich auf allen Seiten verknüpften Erwartungen zu erfüllen, ist fraglich. Vielmehr bedarf es einer umfassenden europäischen Iran-Strategie. Ziel bleibt, über die Reintegration in die internationalen Wirtschafts- und Finanzstrukturen die Zivilisierung Irans in den internationalen Beziehungen, vor allem den angestrebten Rückzug Irans aus dem arabischen Osten, zu erreichen.

4. Saudi-Arabien zügeln

Saudi-Arabien ist seit vielen Jahren ein enger Verbündeter des Westens. Allerdings haben die USA und Europa Saudi Arabiens Export der rigiden Islamauslegung des Wahhabitentums, die mit der finanziellen und materiellen Unterstützung von islamistischen Strömungen in allen Teilen der Welt einhergeht, zu lange hingenommen. Die Gründung und massive Stärkung von zum Teil gewaltbereiten Gruppierungen, die eine Umwälzung der Ordnungsformen in ihren jeweiligen Ländern auf der Grundlage des archaischen islamischen Herrschaftsmodells des Wahhabitentums betreiben, hat erheblich zu innenpolitischen Konflikten einzelner Länder und zur Ausweitung internationaler Gefährdung durch terroristische Gruppierungen beigetragen. Der Ideologieexport Saudi-Arabiens muss beendet werden.

Angesichts des Zusammenbruchs der regionalen Ordnung im Nahen Osten verfolgt das Königreich unter seiner derzeitigen Führung eine aggressive, destruktive Außen- bzw. Hegemonialpolitik, die zur weiteren Destabilisierung der Region beiträgt. Beispiele sind die Blockade Qatars, die bis auf weiteres zur faktischen Desintegration des Gulf Cooperation Councils geführt hat, der von Riad befeuerte Krieg im Jemen sowie die Unterstützung und Aufrüstung extremistischer Dschihadistenmilizen in Syrien; zudem hat das saudische Regime, namentlich der „starke Mann“ des Königshauses Kronprinz Muhammad bin Salman, in der Affäre um die Ermordung des Exiljournalisten Jamal Kashoggi in Istanbul seinen brutalen Charakter im Umgang mit politischen Abweichlern und Oppositionellen gezeigt. Der Westen muss auf das saudische Königshaus Druck ausüben – gegebenenfalls durch gemeinsame europäische Einschränkungen oder einen Stopp von Rüstungsexporten auf europäischer Ebene. Der Krieg im Jemen muss beendet werden. Saudi-Arabien muss politische Konfliktregelungen im Maschrek unterstützen.

5. Einbindung Russlands in politisch-diplomatische Initiativen

Die USA haben ihre traditionelle Rolle als unbestrittene internationale Führungsmacht im Nahen Osten in den vergangenen Jahren zu einem Großteil verloren. Russland hat den entstandenen Freiraum genutzt und beeinflusst die Machtbalance zwischen den verschiedenen regionalen Akteuren in hohem Maße. So definiert der Kreml die Möglichkeiten iranischer Einflussnahme in Syrien und im Libanon; Russlands Präsenz vor Ort stellt nicht zuletzt die wichtigste Barriere für eine militärische Eskalation zwischen Israel und Iran bzw. der Hisbollah dar. Über den „Astana-Prozess“ bindet der Kreml Iran und die Türkei in mögliche Szenarien zur Beendigung des Krieges in Syrien ein, und selbst Saudi-Arabien sucht die Annäherung an Russland.

Insbesondere nach dem Abzug der US-Truppen aus Nordsyrien und dem völkerrechtswidrigen Einmarsch türkischer Truppen sind die USA oder der Westen nicht mehr in der Lage, die neuen Machtverhältnisse zu ändern. Ohne Russland ist keine Konfliktregelung möglich. Allerdings kann auch Russland kein Interesse an einer dauerhaften Fortführung eines teuren, innenpolitisch nicht unumstrittenen militärischen Engagements in der Region haben. Es entspricht also auch russischem Interesse, dass die gewaltsamen Auseinandersetzungen beendet werden und zumindest in dieser Hinsicht eine neue regionale Stabilität erreicht wird. Daher ist die Zeit für gemeinsame Initiativen reif.

6. Regionales Sicherheitssystem entwickeln

Die vorgenannten Eckpunkte sind die Voraussetzungen für die Schaffung eines von den USA, Russland und der EU garantierten Sicherheitssystems im Nahen Osten und auf der Arabischen Halbinsel. Vorrangig ist, die gewaltsamen Auseinandersetzungen im Jemen, in Syrien und auch im Irak zu beenden. Die Hegemonialbestrebungen Irans und Saudi-Arabiens sowie die Geltungsansprüche der Türkei als anti-saudische sunnitische Führungsmacht müssen eingedämmt und so austariert werden, dass diese Länder nicht wechselseitig eine existentielle Sicherheitsbedrohung füreinander darstellen; mit Blick auf die Rolle der Türkei geht es dabei nicht zuletzt auch um den Zusammenhalt der NATO. Genuine Stabilität lässt sich zudem nicht mit dem langfristigen Fortbestehen des Assad-Regimes in Syrien erreichen.

Ohne die Einbeziehung Israels bleibt jede Form einer regionalen Sicherheitsarchitektur unvollständig und labil. Die Beziehungen Israels zu allen arabischen Nachbarstaaten müssen auf einer neuen Grundlage von Sicherheit und Zusammenarbeit gestellt werden, die das Existenzrecht Israels anerkennt sowie Terror und militärische Aggression verurteilt. Dies ist zugleich die Voraussetzung für eine positive Dynamik im zentralen Nahostkonflikt zwischen Israel und den Palästinensern. Nur bei Berücksichtigung und Garantie der existentiellen Sicherheitsbedürfnisse Israels im regionalen Staatensystem lassen sich die Bestrebungen der Palästinenser nach freiheitlicher Eigengestaltung und politischer Selbstverantwortung in einer Zwei-Staaten-Lösung realisieren.

Die deutsche Außenpolitik hat in der Vergangenheit erfolgreich die Rolle eines Vermittlers zwischen Konfliktparteien eingenommen. Die Bundesregierung ist insbesondere auch mit Blick auf die zweijährige Mitgliedschaft Deutschlands im UN-Sicherheitsrat aufgefordert, diese Rolle erneut einzunehmen. Im Zusammenwirken mit der EU sollte sie auf die Schaffung der Rahmenbedingungen für einen Mechanismus für Sicherheit und Zusammenarbeit im Nahen Osten hinwirken und einen entsprechenden Prozess, orientiert am KSZE-Modell, initiieren.

7. Lebensperspektiven schaffen

Dieses regionale Sicherheitssystem muss Perspektiven für den (Wieder-)Aufbau wirtschaftlicher und gesellschaftlicher Strukturen in den Kriegsgebieten einschließen. Dabei ist nicht nur das Bedürfnis der Menschen nach einem Leben in Sicherheit und Würde, sondern auch nach Rechtsstaatlichkeit, einem Mindestmaß an Freiheit, Eigenverantwortlichkeit und Selbstbestimmung zu berücksichtigen.

Die Länder des Nahen Osten brauchen mehr wirtschaftliche Perspektiven, die zu mehr Lebensperspektiven führen, d.h. Kinder brauchen Schulen, Jugendliche einen Ausbildungsplatz,

Erwachsene Arbeit und Einkommen und die gesamte Region eine gemeinsame Initiative für regionale Integration. Europa sollte diese Entwicklung unterstützen, indem es reformwilligen Staaten Handelserleichterungen gewährt. Als Vorbild können neue Kooperationsmodelle mit der Wirtschaft dienen, die über die klassische Entwicklungszusammenarbeit hinausgehen. Erste Erfahrungen diesbezüglich bestehen bereits für die Handelsbeziehungen zwischen der EU und Jordanien („Jordan Compact“). Die Bundesregierung ist aufgefordert, entsprechende Ansätze und Modelle im Rahmen ihrer Europapolitik engagiert zu forcieren.